

Konservativer als die Politiker ist keiner

Er ist der Erste, der liechtensteinische Politikwissenschaft systematisch betreibt. Seit gut einem Jahrzehnt ist Wilfried Marxer am Liechtenstein-Institut und fühlt dem hiesigen «Homo politicus» auf den Zahn.

Mit Wilfried Marxer sprach Shusha Maier

Herr Marxer, Politologie war in ihrer Jugend für einen Liechtensteiner wohl keine nahe liegende Studienrichtung. Hatten Sie ein bestimmtes Vorbild, als sich für dieses Studium entschieden?

Wilfried Marxer: Stimmt, damals war das keine alltägliche Entscheidung. Heute ist das anders, ich kenne einige junge Leute, die Politologie studieren. Aber auch zu meiner Zeit ist es schon ein recht beliebtes Studienfach gewesen, allerdings, wie Sie richtig sagten, nicht für Liechtensteiner. Warum ich das gewählt habe? Weil ich nach einem einfachen Auswahlprinzip vorgegangen bin: Was interessiert mich, was nicht. Mich interessieren seit jeher Fächer, die möglichst viele Zusammenhänge aufzeigen, die sich nicht in Details verlieren. Gesellschaftliche Zusammenhänge stehen dabei an erster Stelle, und da bietet sich Politologie als Disziplin an, weil sie mit Gesellschaft, Staat und Politik zu tun hat und das in einem sehr umfassenden Sinn. Und während des Studiums stellte ich schliesslich fest, dass diese Disziplin noch weitaus mehr Facetten hat, als ich mir vorgestellt hatte. Es gibt viele Richtungen, in die man sich vertiefen kann. Vorbild habe ich aber keines gehabt.

Welche Ziele haben Sie ursprünglich bei Ihrer Berufswahl verfolgt?

Das Studium habe ich – wie gesagt – unter einem einzigen Gesichtspunkt absolviert: Interesse. Als angehender Politologe hat man zudem keine Vorstellung darüber, in welche Tätigkeit das Studium schliesslich münden wird. Die Berufsfrage ist für einen Politologen zudem nicht so definiert wie beispielsweise die eines Mediziners. Ein Politologiestudium eröffnet viele verschiedene Möglichkeiten. So kommt es, dass ich einen recht bunten Werdegang habe.

Nämlich?

Ich habe in der Statistikabteilung der Landesverwaltung gearbeitet, danach war ich beinahe ein Jahrzehnt Geschäftsführer der Gesellschaft für Umweltschutz, ein professioneller Grüner, sozusagen. Das ist nicht gerade eine typische Tätigkeit für einen Politikwissenschaftler, aber wenn man die Karriereverläufe anderer Politikwissenschaftler ansieht, ist auch das gar nicht so ungewöhnlich. Erst vor Kurzem habe ich in einer Studie gelesen, dass sozusagen alle Politikwissenschaftler einen Job finden, obwohl die meisten während des Studiums sicher sind, nach ihrem Abschluss wohl ein Taxi fahren zu müssen. Doch man findet Politikwissenschaftler in völlig verschiedenen Bereichen, politiknahe Bereiche wie Verwaltung, Parteien, Verbände natürlich, aber auch in der Erwachsenenbildung oder im Bildungsbereich, in NGO wie in der Entwicklungspolitik oder im Umweltschutz. So gesehen ist meine Berufslaufbahn doch wieder typisch verlaufen. In seiner Aufbauphase war ich zudem noch bei Radio L, habe danach eine Dissertation über das Wahlverhalten in Liechtenstein abgeschlossen, war dann Leiter bei der Stiftung Erwachsenenbildung, und zur

gleichen Zeit habe ich angefangen, am Liechtenstein-Institut zu arbeiten.

Welche Aufgaben hatte man Ihnen hier übertragen?

Ich arbeite am Institut seit Beginn immer an einem Hauptforschungsprojekt; das erste war über Medien in Liechtenstein, über die ich dann auch ein Buch veröffentlicht habe; das jetzige ist eine Arbeit über direkte Demokratie, inklusive der Geschichte der Volksrechte in Liechtenstein. Das heisst, die Entwicklung der Volksrechte, die Themenstellungen und Abstimmungsverläufe, seit es direkte Demokratie im Land gibt und der internationale Vergleich dazu. Dieses Projekt schliesse ich gerade ab. Das Fortsetzungsprojekt wird sich möglicherweise mit den Parteien in Liechtenstein oder mit der politischen Kultur beschäftigen. Diese Forschungsaufträge dauern stets etwa drei Jahre und enden mit einigen Nebenprodukten in Form von Aufsätzen und Vorträgen und einer Schlussmonographie. Daneben haben wir als politikwissenschaftliche Abteilung eine Menge zusätzlicher Aufgaben wie Vorträge halten, oder Nebenforschungstätigkeiten, die sich aufgrund von Anfragen oder Forschungsnetzwerken ergeben, wie etwa Arbeiten über Rassismus, Integration und Migration, Konferenzpapiere oder Beiträge für Bücher wie im Souveränitätsjahr 2006.

Sie erforschen sozusagen die Geschichte, die Entwicklung der Landespolitik?

Nicht ganz; wir haben ja eine eigene Geschichtsabteilung im Haus, daher ist die Politikwissenschaft schon stärker gegenwartsbezogen. Dass die Politikwissenschaft nicht mit wechselnden Forschern besetzt ist, wie das bei anderen Forschungsstellen am Institut üblich ist, hängt wohl mit der Erwartung zusammen, dass gewisse Themen über die Jahre kontinuierlich betreut werden sollen: Die Mediengeschichte etwa sollte stets nachgeführt werden. Auch das Wahlverhalten fordert alle vier Jahre Analysen. Die Zeitreihe der Nachwahlbefragung habe ich beispielsweise im Rahmen meiner Dissertation 1997 begonnen und anlässlich der vergangenen zwei Landtagswahlen fortgesetzt. Solche Zeitreihen ermöglichen nach einigen Perioden bessere Interpretationen und Analysen.

Würde im politikwissenschaftlichen Bereich bereits Vorarbeit geleistet?

Ja, es gab am Institut bereits Arbeiten: So hatte sich Arno Waschkuhn mit dem politischen System Liechtensteins auseinandergesetzt, über das er auch ein Buch geschrieben hat und Helga Michalsky hat über Parteien geforscht, aber ihr Projekt nie abgeschlossen. Ralph Kellenberger hat sich der liechtensteinischen Identität angenommen. Aber abgesehen von diesen paar Arbeiten gab es hauptsächlich Forschungslücken, sofern sie nicht aus der Perspektive der Rechts- oder Geschichtswissenschaft teilweise bearbeitet wurden. Wir versuchen die Lücken nach und nach zu schliessen. Und auch das Buch von Arno Waschkuhn ist mit seinem Alter von mittlerweile zwölf Jahren nicht mehr auf dem neuesten Stand. Es braucht also auch immer wieder Aktualisierungen und Neubearbeitungen.

Im politischen System gab es gewisse Änderungen – mehr Parteien, eine andere Verfassung, haben sich damit auch die Medien geändert?

Liechtenstein hat eine beachtliche Medienlandschaft, bei einer Einwohner-



«Ist ein Thema kritisch, findet es nicht statt»: Liechtenstein-Institut-Forscher Wilfried Marxer. Bild ds

schaft von 36 000 Menschen existieren drei Zeitungen mit vielen Sonderbeilagen und eine eigene Radiostation. Die Fundamentalkritik ist allerdings immer dieselbe; man weiss, dass die Medien nicht wirklich frei sind, denn sie stehen in einem Abhängigkeits- und Naheverhältnis zur Politik und zu politischen Akteuren oder – wie das Radio nun – zum Staat. Dadurch ergibt sich ein Handicap grundlegender Art: Ist ein Thema kritisch, oder passt es nicht auf die Agenda der jeweiligen Partei, findet es einfach im entsprechenden Medium nicht statt.

Ist es denn schlimmer, wenn die Medien ein Abhängigkeitsverhältnis zu Parteien haben als – wie in anderen Ländern üblich – zur Wirtschaft?

Die absolut frei schwebenden Medien gibt es natürlich wirklich selten. Auch wenn man das grosse Beispiel BBC immer zitiert; ist selbst BBC nicht völlig unabhängig und steht in Rechtfertigungszwängen, das ist richtig. Man kann sich fragen, was ist die Alternative? Oft wird in diesem Zusammenhang gefordert, die Zeitungen sollten sich doch zusammenschliessen: dann gäbe es wenigstens eine vernünftige Tageszeitung. Die Frage ist dabei aber: Welche Politik verfolgt die dann? So gesehen ist es schon nicht schlecht, dass wir zwei Printmedien haben, die sich am Markt konkurrenzieren. Die Leserschaft muss sich eben die Fähigkeit aneignen, zwischen den Zeilen zu lesen, die Bilder richtig zu interpretieren und vor allem beide Zeitungen zu lesen, um umfassend informiert zu sein. Man kann darüber hinaus auch viel Positives an den hiesigen Zeitungen finden; so haben sie sich in den vergangenen Jahren für Forumsbeiträge auch missliebiger Zeitgenossen geöffnet, deren Beiträge nun regelmässig Eingang in die Zeitungen finden. Auch die Themensetzung im «Wirtschaft regional» etwa ist zum Teil beachtlich. Wobei eben auch dort zuweilen parteipolitisch selektiv mit der Themenwahl umgegangen wird.

Aber ist denn diese Abhängigkeit nicht transparent?

Ja, denn es ist sicher niemand so naiv zu denken, dass es unabhängige Medien sind. Handwrecklich sind sie zudem gut gemacht, mit unterschiedlichem Stil

Wirklich schlecht durchdacht finde ich aber nun das neue Mediengesetz: Es ist schade, dass man Medien selektiv fördert, ohne nennenswerte Auflagen zu machen. Mein Vorschlag zur Verbesserung wäre, dass an die Geldvergabe etwa die Bedingung geknüpft wird, eine Recherche- oder Hintergrundseite zu pflegen. Einen journalistischen «Hofnarren» anzustellen, der ungehindert recherchieren und berichten darf, der Themen setzen kann, die sonst unter dem Tisch fallen. So hätte sich der Staat beispielsweise unabhängige Berichterstattung erkaufen können.

Das will er aber vielleicht gar nicht?

Das ist wohl so. Doch müssten Politiker selbst einsehen, dass sie jemanden brauchen, der ihnen auf die Finger schaut. Das bringt doch Politik erst weiter. Es zeugt von schlechter Demokratievorstellung, wenn man Kritik einfach mundtot macht. Natürlich braucht es Grösse, Geldausgaben zu beschliessen für Stimmten, die am Ende kritisch dreinreden; aber dem Gemeinwesen insgesamt täte das gut. Wir stecken natürlich in vielen Bereichen in dem Dilemma, dass wir von der Grösse her eine Provinzregion sind, gleichzeitig aber zu staatlicher Aufgabenerfüllung verpflichtet. Das Verständnis und das Bewusstsein hat mit dem manchmal nicht Schritt gehalten. Als Staat stellen sich gewisse Aufgaben, die erfüllt werden sollten: Dazu gehört die Etablierung einer kritischen Öffentlichkeit. Das scheint aber im Moment nicht gewünscht. So ganz ohne Kritik kommt aber auch die liechtensteinische Politik nicht weg. Durch die zunehmende Einbindung in internationale Gremien stehen die Politiker natürlich von diesen Seiten unter Beobachtung. Dadurch sind in den letzten Jahren grosse Schritte getan worden, wenn wir beispielsweise an die Entwicklungen auf dem Finanzplatz denken. Die vergangenen Jahrzehnte haben nicht nur zu einem Abbau von Grenzen geführt, sondern auch mentale Schranken in den Köpfen der Menschen hier im Land beseitigt.

So haben Sie letztlich aus Interesse heraus ein hochbrisantes Studienfeld gewählt, ein Feld, das sich in den vergangenen Jahrzehnten auch in Liechtenstein neben der Wirtschaft wohl am lebhaftesten entwickelt hat!

Ja, das Bewusstsein der Menschen in Liechtenstein hat sich in den vergangenen zwei, drei Jahrzehnten rasant gewandelt. Ich bin hier im Land aufgewachsen und ich wage zu behaupten, dass sich die Mentalität, die noch vor dreissig Jahren dominant gewesen ist, zu einem recht grossen Teil verflüchtigt hat. Ich denke, wir haben sogar im europäischen Massstab eine überdurchschnittlich hohe Öffnung des Bewusstseins – eine Tendenz, in grösseren Zusammenhängen zu denken – erreicht. Die Eingelung ist definitiv passé. Das bedingt, dass natürlich die Gesellschaft nicht mehr so homogen ist wie damals und viel aufgeschlossener. Und gerade da habe ich das Gefühl, alle, ausser die Politiker, haben das begriffen; denn die Politiker wählen immer noch fast reflexartig die konservativste Lösung, weil sie glauben, die Menschen stehen noch immer dort, wo sie eben schon lange nicht mehr stehen. Als Beispiel für mich die katholische Kirche im Land. So konservativ, wie die geführt wird, hat sie wohl keine andere Lobby mehr im Land, als die Politiker, die sie nach wie vor mit Samthandschuhen anpassen. Das ist manchmal schon eine deprimierende Mutlosigkeit.